



Zeitung

der Sozialen Liste Bochum

Soziale Liste:

Solidarisch gegen Stuttgart 21

Auf ihrer Oktober-Mitgliederversammlung beschloss die Soziale Liste Bochum die folgende Solidaritätserklärung:

„Wir, die Soziale Liste Bochum, erklären uns solidarisch mit den Demonstrantinnen und Demonstranten gegen den Bahnhofsneubau Stuttgart 21. Wir haben die Bilder gesehen und die Berichte in den Medien verfolgt und sind empört angesichts solch brutaler Polizeigewalt gegenüber friedlichen Menschen, die lediglich von ihrem demokratischen Demonstrationsrecht Gebrauch machen. Wir fordern die politischen Verantwortlichen für die brutalen Polizeieinsätze auf, umgehend zurück zu treten! Unsere ungeteilte Unterstützung gilt nicht nur den Opfern staatlicher Willkür, sondern auch den zehntausenden mutigen Menschen, die sich immer und immer wieder versammeln, um gegen Steuergeldverschwendung und Umweltzerstörung auf die Straße zu gehen. Euer Kampf ist vorbildlich und macht uns und allen Menschen Mut, die etwas in dieser Gesellschaft verändern wollen!“

Übrigens: Das Prestigeprojekt der Bahn wird zum großen Teil auch von uns bezahlt. 1,3 Milliarden Euro werden aus Steuergeldern vom Bund finanziert. Hinzu kommt, dass die Kostensteigerungen nur noch aus Steuergeldern getragen werden sollen, die Bahn außen vor bleibt. Durch Stuttgart 21 werden dem Ruhrgebiet dringende Investitionsmittel für den ÖPNV und den Regionalverkehr entzogen.

Besuchen Sie uns mal:
www.soziale-liste-bochum.de

Bebauungsplan:

Zentrum Große Voede

Gegen das geplante neue „Einkaufszentrum Große Voede“, dass ein mächtiger „Investor“ plant; wenden sich zahlreiche BürgerInnen. Edmund Piniarski, Mitglied der Sozialen Liste, hat jetzt „Einwendung gegen den Bebauungsplan 853“ bei der Stadtverwaltung eingereicht.

In dem Brief heißt es, städtebaulich wird so die Struktur des Stadtteils, der kleinräumig angelegt ist, mutwillig zerstört. Durch diese neue Verkaufsflächenvergrößerung werden die Geschäfte, die schon lange das Einkaufsbild der Voede bilden, im „neoliberalen Größenwahn der einheitlich geformten Verkaufsflächen“ ertränkt.“

Konzerthaus

Stadt hat schon 1 Mio. ausgegeben

An „Vorlaufs- und Planungskosten“ hat die Stadt Bochum bisher 829.000 Euro für das geplante Konzerthaus ausgegeben, wie sie kürzlich auf Anfrage der Linksfraktion bekanntgab.

In seiner vielbeachteten Eröffnungsrede beim Zeltfestival am Kemnader See bezeichnete Jochen Malmsheimer das Projekt als „vollkommen unnütz“ und sprach von einem „Kulturraum, der inzwischen über mehr nicht ausgelastete Konzerthäuser verfügt, als er Orchester unterhält“.

World Press Photo-Ausstellung im Hauptbahnhof:

Soziale Liste kritisiert Abbruch

Die Soziale Liste hat den Abbruch der World Press Photo-Wanderausstellung, die in Bochum, am 27. Juli 2010 im Hauptbahnhof eröffnet und schon nach drei Tagen abgebrochen und abgebaut wurde, scharf kritisiert.

Die Argumentation, von den preisgekrönten Bildern der Pressefotografen gingen Brutalität, Gewalt und Grausamkeit aus, verfängt nicht. Aber die Bilder zeigen Krieg und Grausamkeiten, die von Menschen an Menschen begangen wurden, wie z.B. in Gaza und im Irak. Alle Fotos wurden in den Medien veröffentlicht, sie unterscheiden sich auch nicht von den Darstellungen, wie sie etwa in den öffentlich rechtlichen Nachrichtensendungen gezeigt werden.

Die Ratsmitglieder der Sozialen Liste, die sich die Ausstellung in Bochum angesehen hatten, stellten fest, dass sie von einer Vielzahl von BürgerInnen der Stadt und Reisenden sehr intensiv und interessiert betrachtet wurde. Die Fotos haben dadurch eine besondere Wirkung auf die BetrachterInnen ausgelöst, weil sie als Einzelbilder und nicht etwa wie ein Film in einer Nachrichtensendung präsentiert wurden.

Die Soziale Liste sieht in dem Abbruch der Ausstellung eine Schädigung des öffentlichen und kulturellen Ansehens der Stadt Bochum und teilt die u. a. von Fotojournalisten geäußerte Kritik, die von „Zensur in Bochum“ sprechen. Mit einer Anfrage wollen die Ratsmitglieder der Sozialen Liste die Hintergründe für den Abbruch klären.



REUTERS/Mohammed Salem
White phosphorus bombs explode over Gaza city during Israel's three week offensive, January 8, 2009. REUTERS/Mohammed Salem (GAZA)
Eines der ausgezeichneten Fotos, die in Bochum nur drei Tage zu sehen waren.

Kürzungen, Schließungen, Einschnitte:

Die Haushaltskrise wird zum Dauerzustand!

Der zur letzten Ratssitzung eingebrachte Haushaltsplan 2011 hat die zugespitzte finanzielle Lage und die drastische Verringerung des politischen Gestaltungsrahmens der Stadt Bochum deutlich gemacht. Die Haushalts- und Finanzkrise wird zu einem Dauerzustand. „Da der Haushaltsausgleich im Jahre 2015 nicht dargestellt werden kann, ist das Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigungsfähig, damit kann die Haushaltssatzung 2011 nicht bekannt gemacht werden und es gilt ganzjährig das sogenannte Not-Haushaltsrecht gem. § 82 GO NRW.“, heißt es im Vorbericht zum Haushalt 2011.

Der von Oberbürgermeisterin Dr. Ottilie Scholz und Stadtkämmerer Manfred Busch vorgestellte Haushaltsplan 2011 weist ein Defizit von 167,17 Mio. Euro auf. Bochums Schuldenstand (Kassen- und Kommunalkredite zum 31.12.2009) beträgt 1,39 Mrd. Euro. Auf 583 Seiten sind jetzt weitere 500 Maßnahmen aufgelistet, die Einsparungen bringen sollen, aber meist die Bürgerinnen und Bürger der Stadt treffen werden.

- Beispiele aus dem Haushaltssicherungskonzept (Haushaltsplan 2011)
- Verzicht auf sämtliche Aufwendungen für Städtepartnerschaften;
 - Weitere Kostenreduzierung im Integrationsbüro;
 - Reduzierung der Aufgabenspektren in den Bezirklichen Bürgerbüros;
 - Einführung einer Winterdienstgebühr;
 - Erhebung einer Gewässerunterhaltungsgebühr;
 - Reduzierung der Stimmbezirke bei Wahlen (von 315 auf 260);
 - Verringerung der Öffnungszeiten am Infocenter;

Fortsetzung Seite 2.

Für Arbeit und Gerechtigkeit:

Neues Bündnis

In Bochum hat sich eine neue Initiative, das „Bochumer Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ gegründet. Dort arbeiten derzeit VertreterInnen vom DGB, von ver.di, der IG-Metall, der GEW, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, der IFAK, dem Kulturzentrum Bahnhof Langendreer, der Evangelischen Kirche, dem Kinder- und Jugendring sowie Ratsmitglieder von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, der Linken und der Sozialen Liste zusammen.

„Kürzen ist keine Lösung!“ wurde als Überschrift für das Sozialbündnis gewählt. „Wir müssen dafür sorgen, dass die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte wieder gestärkt wird. Die Vorschläge für staatliche Mehreinnahmen, wie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, wie die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, wie eine stärkere Besteuerung von großen Erbschaften, wie vermehrte Betriebsprüfungen, wie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und wie eine Veränderung beim Solidarbeitrag für die neuen Bundesländer liegen lange auf dem Tisch und müssen endlich umgesetzt werden“ heißt es in einer Mitteilung des Bündnisses.

Mit einer Menschenkette rund um das Rathaus wurde auf die großen Gefahren für die Stadt Bochum hingewiesen, die von Verarmung und Verödung ausgehen.

Die reichsten Deutschen:

Albrecht, Schwarz und Otto

Nach wie vor führen Karl Albrecht (Aldi-Süd), Berthold/Theo jr. Albrecht (Aldi-Nord), Dieter Schwarz (Lidl) und Werner Otto (Otto-Verband) die Liste der reichsten Deutschen an. Reichste Frau ist Susanne Klatten (BMW). Das Vermögen von Karl Albrecht beträgt 17 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl der Milliardäre in Deutschland von 99 auf 103.

VRR – Fahrpreise:

Erhöhung um 4 %

Im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr werden die Fahrpreise für Busse und Straßenbahnen zum 1. Januar 2011 voraussichtlich um durchschnittlich vier Prozentpunkte steigen. Das wurde jetzt in der Verbandsversammlung des Verkehrsverbundes mitgeteilt.

Auch die Deutsche Bahn hat angekündigt zum Jahresende die Preise im Nah- und Regionalverkehr um durchschnittlich 1,9 % erhöhen zu wollen.

Bochumer Altenheime

FDP will privatisieren

Die FDP will die Bochumer Altenheime privatisieren und zu Billigheimen umgestalten. Originalton von Jens Lücking (FDP-Fraktionsvorsitzender) in einem Zeitungsinterview am 13. Oktober: „Bei den Altenheimen wird Geld zum Fenster herausgeschmissen. Es gibt private Anbieter, die sind günstiger und haben eine bessere Bausubstanz.“ Dann stellt Lücking die Behauptung auf: „Das Problem ist das Personal, das über dem vergütet wird, was allgemein bezahlt wird.“

Cross-Border-Leasing:**„B-Loop“**

Entgegen anderslautender Meldungen ist der Cross-Border-Deal noch nicht abgeschlossen. Die Stadt Bochum haftet immer noch gegenüber Landesbanken für ein Darlehen von über 40 Millionen Euro aus dem sogenannten „B-Loop“.

Nach vorgelegten Zahlen hat die Stadt Bochum bisher 11 Mio Euro Verlust bei dem CBL-Geschäft gemacht. Offen ist außerdem noch wie hoch die indirekten Ausgaben für die Stadt sind, beispielsweise die Kosten für die Erstellung, Verwaltung und Beendigung der Verträge, juristische Beratung, Verwaltung der Bank-Depots usw.

Der Kämmerer der Stadt Bochum hat die CBL-Rechnung dadurch geschönt, dass die (theoretische) Einnahme von Zinsen berechnet wird. Hier wird „Scheingeld“ in einem „Scheingeschäft“ geschaffen, um die tatsächlichen Risiken von CBL klein zu rechnen. „Ob die ganze Wahrheit zu diesem Themenkomplex je herauskommen wird ist mehr als fraglich, denn das Vertragswerk ist bis heute geheim“, sagt Günter Gleising, Ratssprecher der Sozialen Liste.

Fussball-Fans:**Aktionen gegen Kommerz**

Auch Bochumer Fans demonstrierten am 9. Oktober in Berlin auf dem Alexanderplatz für den „Erhalt der Fankultur“.

Über 5.000 Fußball-Anhänger aus allen Teilen des Landes waren gekommen, um gegen die Kommerzialisierung zu protestieren. Durch „obzöne“ Ablösesummen, Spieler- und Trainergehälter und durch die Ausrichtung auf die Interessen von Sponsoren und Fernsehen sehen die Fans (und nicht nur sie) den Fußball gefährdet. Gefordert wurden u. a. die Senkung der Eintrittspreise und familienfreundliche Spielansetzungen. Auch gegen den Verkauf von Stadionnamen und den zunehmenden Zwang zu Sitzplätzen wehrt man sich. Bochumer Fans, die auf kleinen Handzetteln für die Demo warben, wiesen ausdrücklich auf den „antirassistischen Grundkonsens der Fanorganisationen“ hin.

VfL-Bochum:**Entfremdung**

Mit allein 8 Millionen Euro sollen Sponsoren, u. a. Sparkasse und Stadtwerke Bochum, zur Finanzierung des Spielbetriebes des Zweitligisten VfL-Bochum beitragen, 7 Mio. sollen Fernsehen und Rundfunk bringen.

Demgegenüber sinken die Zuschauerzahlen (von 14.000 auf unter 10.000) kontinuierlich. Manche Fans sprechen von einer Entfremdung von Verein und einem Teil der Mitglieder und Fans. Auf einer turbulenten Jahreshauptversammlung traten kürzlich führende VfL-Funktionäre (Altegoer, Hossip) zurück. Offen ist die Frage, ob ein Neuanfang möglich wird.

Riemke:**Es stinkt!**

In Riemke stinkt es noch immer, je nach Windrichtung mal mehr oder weniger. Nach Meinung vieler Riemker und Herner Bürger ist der Abfallentsorger Kost der Verursacher der Geruchsbelästigungen.

Jetzt sollen neue Gutachten, die das Regierungspräsidium Arnsberg in Auftrag gibt, Aufklärung bringen. Vor 2012 wird sich damit hier nichts ändern, reagieren betroffene BürgerInnen auf die neuerliche Entwicklung.



von Andreas Maluga

Fortsetzung von Seite 1:**Kürzungen, Schließungen, Einschnitte:**

- Reduzierung der Reinigungskosten an Schulen durch „Veränderung der Reinigungshäufigkeit und -tiefe“;
- Verzicht auf 15 Schulstandorte;
- Verzicht auf zusätzlich 5 Lehrschwimmbecken;
- Wegfall des Zuschusses im „Offenen Ganztags“ an die Musikschule;
- Erhöhung Eintrittsgeld Planetarium;
- Aufgabe der Zweigstelle Wattenscheid des Stadtarchivs;
- Reduzierung der Mittel zum Schutz von Archivalien (Stadtarchiv);
- Dauerhafte Senkung der Personalkosten im Orchesterbereich (Bochumer Symphoniker);
- Erhöhung der Eintrittsentgelte für die Kunstsammlung;
- Allgemeine Entgelterhöhung 2012 und 2015 bei der Volkshochschule;
- Angebotsreduzierung Volkshochschule;
- Entgelterhöhung bei der Stadtbücherei;
- Schließung der Bücherei Querenburg 2015;
- Schließung der Bücherei Gerthe 2015;
- Erhöhung der Musikschulentgelte um mindestens 25% bis 2015;
- Stopp des Ausbaus der Kindertagesbetreuung in den Segmenten 45 + 35 Std.;
- Reduzierung Zuschuss Tierpark;
- Einschnitte im Bereich Kinderspielplätze;
- Reduzierung des Pflegestandards bei Park- und Grünanlagen sowie auf Friedhöfen;
- Schrittweise Einstellung der Wechselbepflanzung in Kübeln und Hochbeeten;
- Schrittweise Abschaltung sämtlicher Brunnen und Wasserspiele im Stadtgebiet;
- Streichung des Wärterdienstes auf Friedhöfen (15 Wärterstellen);
- Aufgabe der beiden Tiergehege Südpark Höntrop und Weitmarer Holz;
- Aufgabe des Vogelparks Wattenscheid;
- Schließung des Pflanzenbahnhofs in Altenbochum;
- Reduzierung der Pflege von Rasenflächen in Parks und Grünanlagen;
- Reduzierung der Zuschüsse bei Sportfördermaßnahmen;

Mit diesen Maßnahmen werden die Auswirkungen der Krise auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger sowie auf die Beschäftigten der Stadt Bochum abgewälzt. Die Soziale Liste erneuert ihre Forderung nach einem Schuldenmoratorium, einem Entschuldungsprogramm für die Kommunen und der Abkehr von Bochumer Prestigeobjekten wie dem Konzerthaus. -ke

Bochum wird weiter zugebaut

Weitere wertvolle Grünflächen sollen dem Straßen- und Städtebau geopfert werden. Im Südwesten soll eine Waldfläche dem Ausbau der Uni weichen. In Laer (Foto) erfolgt ebenfalls ein Kahlschlag und die Vernichtung von landwirtschaftlichen Flächen für den Autobahnbau (Opel-Querspange).

Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke:**127 Milliarden für die Energiekonzerne**

Am 5. September legte die Bundesregierung einen Beschluss zur Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke vor, den die Kanzlerin auch gleich telefonisch von den Energiekonzernen abnicken ließ. Die rot-grüne Vorgängerregierung hatte den Atomausstieg beschlossen, der von der Mehrheit der Bevölkerung begrüßt wurde.

Der neue Vertrag mit den Atomkraftwerksbetreibern sieht vor, die Laufzeiten der Reaktoren zwischen 8 und 14 Jahren zu verlängern. Die Energiekonzerne EON, RWE, Vattenfall, EnBW können mit einem Geschenk von ca 127 Milliarden rechnen. Sie haben sich auf ganzer Linie durchgesetzt und prompt steigen ihre Aktien. Von der Regierung wird das der Bevölkerung als „Revolution“ und „anspruchsvollstes Konzept der Welt“ verkauft. Dabei fehlen konkrete Sicherheitsauflagen für die AKWs, der Schutz vor Flugzeugabstürzen, von der Endlagerung des nuklearen Abfalls ganz zu schweigen. Die alten Gorleben-Pläne werden wieder aufgewärmt. Zudem sinken die Beiträge der Energiekonzerne für die Erzeugung erneuerbarer Energien.

Was steht in diesem geheimen Vertrag genau? Wenn die Schwarz-Gelbe Regierung wirklich von ihrer Atompolitik überzeugt wäre, warum macht sie diese dann nicht öffentlich? Wer regiert hier eigentlich?

Es heißt, der Staat solle die Hälfte der Gewinne der Konzerne erhalten. Doch erst einmal dürfen diese von der Steuer abgezogen werden. Auch an der Brennelementesteuer wird weiter heruntergedreht. Zudem sind die Gutachten über die Zukunft der erneuerbaren Energie zu deren Ungunsten manipuliert worden.

Nicht nur, dass die großen Stromkonzerne erneut den großen Reibach machen – die Kernkraftwerke waren längst abgeschrieben – sie behindern außerdem einmal die Flexibilität der Netzwerke und die kleineren Netzanbieter, sowie den Ausbau erneuerbarer Energien und fügen vielen Stadtwerken, die in ihre eigenen Kraftwerke viel Geld investiert, sie zum Teil zurückgekauft haben, großen Schaden zu. Das Land NRW und die Stadtwerke fordern Schadensersatz und drohen mit Klagen unter anderem wegen Wettbewerbsverzerrung. Politisch ist es völlig inakzeptabel und undemokratisch, wenn eine Regierung zusammen mit den Stromkonzernen ohne Kontrolle durch das Parlament, ohne Diskussion in der Öffentlichkeit derart weitreichende Entscheidungen trifft. Das Volk und seine gewählten Vertreter werden in einer zentralen Zukunftsfrage der Republik übergangen. Das können wir nicht hinnehmen.

Are

Schloßpark Weitmar:**Kubus sorgt für Diskussion**

Das jetzt in die Schoßruine gebaute Gebäude der Stiftung Situation Kunst sorgt weiterhin für heftige Diskussionen.



Der für rund 3 Mio., meist Steuergelder von Land und Stadt, gebaute Kubus sei „reine Steuergeldverschwendung“ ist eine Meinung. Andere bemängeln, dass der Charakter des Parks zerstört wurde. Demgegenüber sprechen Befürworter von einem „Higt-Light“ im Kulturhauptstadtjahr. Was ist Ihre Meinung? Schreiben sie uns!

Schaden für Bochum:**‘Prometheus’ gescheitert!**

Ein großes, umweltfreundliches Bochumer Zukunftsprojekt ist gescheitert: Das Erdwärmekonzept ‘Prometheus’, das den gesamten Stadtteil Querenburg und die Ruhr-Universität mit Fernwärme und Energie versorgen sollte.

Seit 2003 ist das Projekt ‘Prometheus’ als eine der großen Zukunftsinvestitionen mit Bedeutung weit über die Region hinaus beschrieben worden.

Jetzt teilt die Verwaltung mit, dass das Projekt ‘Prometheus’ wird nicht mehr „weiter verfolgt“ werde. Günter Gleising, Ratssprecher der Sozialen Liste, ist über diese Entwicklung empört. Jahrelang wurde in den Ausschüssen des Rates dieses Projekt als große Zukunftsinnovation vorgestellt und erste Bohrungen und Forschungsvorhaben begonnen. Das nun ‘Prometheus’ klammheimlich beerdigt werden soll ist völlig unverständlich. Bochum und die Region erleiden damit einen schweren Schaden.

Personalabbau:**Stadt will 480 Stellen streichen**

Die Stadt Bochum beabsichtigt in den nächsten Jahren 480 Stellen innerhalb der Verwaltung abzubauen. Hintergrund hierzu ist eine kontinuierliche Senkung bei den Personalkosten der Stadt Bochum.

Die Entwicklung der Personalaufwendung der Stadt Bochum: 2010: 248,4 Mio. Euro; 2011: 247,7 Mio. Euro; 2012: 238,0 Mio. Euro; 2013: 229,3 Mio. Euro. Längerfristig sollen bis 2020 weitere 400 Stellen gestrichen werden. In diesem Jahr wurden bei der Stadt schon 24 Ausbildungsplätze abgebaut.

Die Soziale Liste steht dieser Entwicklung kritisch und ablehnend gegenüber. Die Verringerung des Personals wird einhergehen mit einer Ausdünnung des städtischen Leistungsangebotes für die Bürgerinnen und Bürger und der geplanten Zusammenlegung der Bezirksvertretungen Nord und Ost sowie Süd und Südwest.

1,3 Prozent:**Preise steigen**

Die höchste Preissteigerungsrate seit zwei Jahren ist derzeit zu verzeichnen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die Verbrauchspreise im September um 1,3 % gestiegen. Auch bei den Mieten kündigen sich durch die Erhöhung der Grundsteuer und der Winterdienstgebühr eine Erhöhung der Nebenkosten an.

Hartz-IV:

80 Euro mehr gefordert

Eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um mindestens 80 Euro haben 3.000 Menschen, darunter auch zahlreiche Bochumer, am 10. Oktober in Oldenburg gefordert.



„Krach schlagen“-Aktion am 17. September auch in Bochum

Zur Demonstration aufgerufen hatten Sozialverbände, Arbeitslosen-Initiativen, Montagsdemonstranten, Gewerkschaften und linke Parteien und Verbände. Mit Kochlöffeln und Töpfen wurde „Krach geschlagen“, damit kein „Kohldampf geschoben werden“ muss.

OPEL Bochum:

Nur 145 unterschreiben Aufhebungsverträge

Während der OPEL-Mutterkonzern General Motors (USA) in diesem Jahr einen Gewinn von über 6 Milliarden Dollar erwartet, sollen die OPEL-Werke in Bochum weiter schrumpfen.

Die Vorbereitung für den Abbau von 1.800 Arbeitsplätzen treffen allerdings auf den Widerstand der Beschäftigten, sowie von Gewerkschaftlern und Betriebsräten. Unklar ist auch noch, ob die 350 Kolleginnen und Kollegen in Altersteilzeit in der Anzahl von 1800 enthalten sind, oder ob sich der Abbau auf 2.150 Arbeitsplätze erhöht. Bisher haben von den OPEL-Beschäftigten in Bochum nur 145 OPEL-Arbeiter einen Aufhebungsvertrag unterschrieben und ihre Bereitschaft erklärt, aus dem Betrieb auszuscheiden.



von Günter Gleising

Mit dem Abfragen der Sozialdaten jedes Belegschaftsmitgliedes durch die Personalabteilung und, in Absprache mit der Agentur für Arbeit, der Gründung einer Transfergesellschaft hat OPEL den unsozialen Personalabbau vorbereitet. Schon in diesem Jahr sollen 650 Beschäftigte aus dem Betrieb ausscheiden, im nächsten Jahr weitere 1.150. Bereits vorher sind für die Beschäftigten bei OPEL gravierende Verschlechterungen u. a. durch die Verschiebung von Lohnzuwächsen, die Halbierung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes eingetreten, so dass viele OPEL-Beschäftigte bereits „unter Tarif“ bezahlt werden.

Es wird immer wahrscheinlicher, dass die Geschäftsleitung des Autokonzerns den „Weg der Konfrontation und somit betriebsbedingter Kündigungen“ vorbereitet, beschreibt eine Betriebszeitung von OPEL-Beschäftigten die derzeitige Situation. Dagegen kündigt sich aber schon jetzt eine große Protestwelle an.

OPEL geht uns alle an. Denn: Für die Stadt Bochum ist die Größenordnung des jetzt in die Wege geleiteten Arbeitsplatzabbaus bei OPEL mit dem Verlust der Arbeitsplätze durch die Schließung von Nokia zu vergleichen. Die Folgen, auch für den kommunalen Haushalt der Stadt Bochum, werden gravierend sein. Auch deshalb ist wieder Solidarität in der Stadt notwendig.

5 Euro Erhöhung von Hartz IV:

Ein Hohn für Erwerbslose

Die Bundesregierung wird wohl Weltmeister im Sozialraub. Nach „Offenlegung“ der Berechnungsweise der Regelsätze für Hartz IV soll das Arbeitslosengeld II (ALG II) um 5 Euro! erhöht werden. Das ist eine so „fürstliche“ Erhöhung, die nicht weiter kommentiert zu werden braucht.

Mit der geplanten Erhöhung der Regelsätze von nur 5 Euro verstößt die Regierung eindeutig gegen die Auflagen des Bundesverfassungsgerichts. Bereits ein Laie weiß, dass es bei einer ehrlichen Offenlegung der Berechnungsgrundlagen von Hartz IV eine so geringe Erhöhung nicht geben kann. Die Rechenkünstler der Regierung haben das Existenzminimum für Bedürftige willkürlich nach der politischen Lage festgesetzt. Für die Ermittlung des durchschnittlichen Einkommens wurden nur die niedrigsten Entgelte berücksichtigt. Das sind nur ca. 15% bis 20% der Entgeltstatistik. Darunter fallen der Niedrigstlohnsektor und auch die Transferleistungen. Wenn die Regierung auf dieser Basis den Einkommensdurchschnitt berechnet und die regulären Einkommen ausklammert, ist das Betrug und müsste bestraft werden!

Unabhängig von den Regelsätzen gibt es weitere Kürzungen bei Hartz IV:

1. Das Elterngeld für Bezieher des ALG II entfällt.
2. Ist der Anspruch auf ALG I erschöpft, gibt es keine Zusatzzahlungen zum ALG II mehr. Bisher wurde der Übergang von ALG I zum ALG II finanziell etwas abgefedert, jetzt rutscht der Hilfebedürftige sofort in die volle Armut von Hartz IV.
3. Für Empfänger des ALG II werden keine Rentenbeiträge mehr abgeführt.
4. Ausschließlich die Kommunen sollen für die Höhe der Kosten der Unterkunft zuständig sein. Pauschalierungen von Mieten und Heizkosten stehen zur Diskussion.

Die Soziale Liste verurteilt die geplante Neuregelungen von Hartz IV aufs Schärfste und tritt weiterhin dafür ein: Hartz IV muss weg! Sie fordert eine Grundsicherung, von der man menschenwürdig leben kann. Selbstverständlich muss damit ein gesetzlicher Mindestlohn verbunden sein, damit die Parolen der Regierung vom „Lohnabstandsgebot“ der Regelsätze entkräftet werden. Volle Solidarität mit allen Protestbewegungen gegen die unsozialen Hartz-Gesetze!

Deponie „Marbach“ in Hamme:

Viele Fragen bleiben

Die Soziale Liste hat die Verwaltung der Stadt Bochum sowie die Bezirksregierung in Arnsberg wegen des bisherigen Verlaufes des Verfahrens zur Wiederinbetriebnahme der ThyssenKrupp-Deponie Marbach kritisiert.

Insbesondere wird moniert, dass alle Reststoffe von der ThyssenKrupp Schlackenaufbereitungsanlage an der Römerstr. in der geplanten Deponie Marbach entsorgt werden sollen. Weiterhin wird von dem Kommunalen Wahlbündnis bemängelt, dass keine Standortalternativen geprüft worden sind, sondern von vornherein lediglich nur über die Reaktivierung der stillgelegten Deponie verhandelt worden ist. Auch erscheint es bedenklich, dass Vertreter von ThyssenKrupp mit der Bezirksregierung Arnsberg sowie mit Mitarbeitern der Stadtverwaltung Bochum (u. a. Umwelt- und Grünflächenamt und Wirtschaftsförderung) bereits seit vielen Jahren über die Wiederaufnahme des Deponiebetriebes in Hamme Gespräche geführt haben, ohne dass die politischen Gremien und Ratsmitglieder davon erfahren haben.



Das Zwischenlager an der Römerstraße

In der geplanten Deponie Marbach sollen nach Informationen der Stadt Bochum die Reste der Schlackenaufbereitungsanlage, die im Werk bei ThyssenKrupp-Nirosta an der Römerstr. anfallen, entsorgt werden. Nach Behandlung wird diese Edelschlacke als Baustoff oder Deponiebaumaterial vermarktet. Die nicht vermarktbareren Anteile sollen künftig nach der Wiederinbetriebnahme auf der Deponie Marbach entsorgt werden. Dieses Verfahren beinhaltet vor dem Hintergrund der in der Edelstahlstudie festgestellten Mängel und gesundheitlichen Belastungen im Stadtteil Stahlhausen/Hamme, insbesondere auch für Kinder, aus Sicht der Sozialen Liste viele offene Fragen.

Sozialticket ade?

Ratschlag bekräftigt Notwendigkeit

Die Pläne für ein Sozialticket werden vom VRR und von CDU/SPD und den Grünen auf die lange Bank geschoben. Unbestimmte Pläne sprechen jetzt vom 1. Juni 2011 als Einführungsdatum, konkrete Beschlüsse gibt es nicht.

Auch die „Planspiele“, wonach das Ticket 22.50 (günstigstes Angebot) kosten soll, sind Schritte in die völlig falsche Richtung. Zur Erinnerung: 18,11 Euro sind in der Berechnung von Hartz IV für Verkehrsdienstleistungen insgesamt vorgesehen. Was bleibt ist der Eindruck, dass hier auf Zeit gespielt wird und versucht wird, dem Sozialticket ade zu sagen.

Auf einem Ratschlag von DGB und Initiativen für ein Sozialticket, der kürzlich in Bochum stattfand, wurde demgegenüber deutlich gemacht, dass der Kampf um das Sozialticket ein Aspekt von sozialer Gerechtigkeit ist. Dafür muss noch viel härter als bisher gestritten werden.



von Ulrich Achenbach

Luft- und Grünschneise in der Innenstadt:

„Kortum-Park II“ statt neue Einkaufsmeile

„Bei dem Umbau der Bochumer Innenstadt südlich des Rathauses sollen die rein wirtschaftlichen Interessen, wie sie durch die Schaffung einer neuen ‚Einkaufsmeile‘ deutlich werden, in den Hintergrund treten“, fordert Nuray Boyraz, Ratsfrau der Sozialen Liste.

Vor allem, so die Soziale Liste, muss eine Innenstadt verhindert werden, die sich weitgehend in Händen von wenigen Investoren und Immobilienbetreibern befindet. Diese ungesunde Monstruktur droht, da die Firma ECE, die schon die Drehscheibe, den City-Point sowie ein großes Verwaltungsgebäude an der Viktoriastraße betreibt, jetzt zusammen mit CLS auch noch das Telekomgebäude („Alte Post“) vermarkten und rund 20.000 qm zusätzliche Verkaufsfläche schaffen will. Außerdem haben beide Managementfirmen auch großes Interesse an dem Komplex des freiwerdenden Justizgeländes an der Viktoriastraße bekundet, wo sie möglicherweise ähnliche Pläne verfolgen. Die Soziale Liste unterstützt die Kritik und die Bedenken der Gewerkschaft ver.di, die auf den „allgemeinen Rückgang der Kaufkraft“, einen „verstärkten Rückgang der Bevölkerung“ und „bereits heute vorhandene Überkapazitäten bei Verkaufsflächen“ in der Bochumer Innenstadt hinweist.



Nuray Boyraz

„Bei der weiteren Planung für die Bochumer Innenstadt sollten auch längerfristige Umwelt- und Klimafragen berücksichtigt werden“, fordert Nuray Boyraz. Vor allem muss dem Trend der Temperaturerhöhungen und der Entstehung von Hitzeinseln in den Innenstädten entgegen gewirkt werden. Deshalb tritt die Soziale Liste dafür ein, keine weitere Bebauung in diesem Innenstadtbereich vorzunehmen, sondern eine Licht-, Luft- und Grünschneise zu schaffen. Die Soziale Liste erneuert ihren Vorschlag, auf dem Gelände der Justizbehörden an der Viktoriastraße, das in wenigen Jahren freigezogen wird, zusammen mit dem Husemannplatz einen „Kortum-Park II“ zu planen.

Dahlhausen:

„Fisl beutet aus“

Zur kürzlichen Eröffnung der neuen Lidl-Filiale in Dahlhausen hat es rund um den Regenbogen, dem Internationalen Kulturverein Dahlhausen e.V., einige Aktionen gegeben.

...endlich auch in Dahlhausen



Sigi Sichermann: Ich freue mich auf FISL, weil ich mich so sicher fühle, wenn immer alles gut überwacht wird!

Ernst Wohltat: Ich geh gern zu FISL, weil es dem Personal so gut geht, dass es keinen Betriebsrat braucht!

Erna Emsig: Ich finde es gut, dass FISL den Frauen in Bangladesh bis zu 80 Stunden in der Woche Arbeit gibt!

Heide Schnapp: Ich kleide mich gern bei FISL ein, weil 12 Cent Näherinnen-Lohn uns kleine Preise garantiert!

Mit Flugblättern, Großplakaten und satirischen Texten wurde auf die Überwachungspraktiken und Ausbeutung durch „Fisl“ aufmerksam gemacht. Klar war jedem wer mit „Fisl“ gemeint ist: Lidl. Eine ausführliche Kritik an Lidl ist auf der ver.di-Webseite zur Lidl-Kampagne zu finden.

Soziale Liste fordert:

Stoppt den Golfplatz Amalia!

Die Soziale Liste im Rat lehnt die jetzt von der Verwaltung veröffentlichten Pläne zur Errichtung einer Golfportanlage auf dem Amalia-Gelände in Bochum Werne und Gerthe nach wie vor ab.



von Helgard Althoff

Nach Mitteilung der Verwaltung besteht „aktuell Interesse seitens eines Investors, eine Vereins-unabhängige Anlage auf dem Gelände zu errichten! Diese Bezahl- und Spielanlage („Pay and Play Golfanlage für Jedermann“) soll in drei Abschnitten realisiert werden.

Zunächst würden ein Übungsplatz zum Bälle abschlagen („Driving Range“), ein Büro- und Servicecontainer sowie sanitäre Anlagen eingerichtet werden. Im zweiten und dritten Schritt soll die Anlage u.a. durch eine Neunlochanlage und ein Vereinsheim erweitert werden. Anfang 2011 soll der Betrieb der Anlage beginnen, die 2016 komplett fertig gestellt sein soll.

Für diese neue Planung muss der „landes-pflegerische Begleitplan angepasst“, die „Ein-griffs- und Ausgleichsregelung neu berechnet“ und eine „artenschutzrechtliche Prüfung zum ersten Bauantrag“ eingereicht werden.

Die Ablehnung der Sozialen Liste richtet sich insbesondere dagegen, dass damit ein großes Mischgelände mit landwirtschaftlicher Nutzung, renaturierter Halde und Industriebrache den Ansprüchen der Allgemeinheit auf Freizeit, Erholung und Naturschutz entzogen wird. Wir wenden uns auch dagegen, dass die Stadt Bochum noch 10 ha Fläche aus städtischem Besitz zu diesem, aus unserer Sicht, fragwürdigen Projekt beisteuern will.

Auf den Golfflächen droht hochgradige Monokultur mit Intensivdüngung. Auf dem Gelände sollen Abholzungen erfolgen, natürliche Lebensräume werden gestört und zerstört. Auch künstliche Beleuchtung sowie mögliches hohes Verkehrsaufkommen („die Anbindung an die Autobahnen stellt einen Vorteil dar“) schaffen weitere zusätzliche Belästigungen.

Das Gebiet in Werne, das jahrzehntelang durch Kohlebergbau und chemische Produktion gekennzeichnet war, sollte jetzt eine Ruhe- und Regenerationsphase bekommen, ebenso die Anwohner. Aus diesem Grund sollte die erneute Ausbeutung von Grund und Boden ausgeschlossen und in dem Gebiet als Landschafts- und Naturschutzgebiet jegliche Bebauung, auch mit Blick auf die hohe Bodenkontamination auf dem Amalia-Gelände, ausgeschlossen werden.

Aus Sicht der Sozialen Liste setzt die Stadt Bochum mit diesen Plänen für eine Golfportanlage die falschen Prioritäten. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund der Haushalts- und Finanzkrise sowie dem aktuell bekannt gewordenen Auseinanderdriften von Arm und Reich.

DGB-Kundgebung am 13.11.2010 in Dortmund

Gerecht geht anders: Gemeinsam für ein gutes Leben!

„Die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise werden auf den Schultern der kleinen Leute abgeladen, die Verursacher der Krise kommen ungeschoren davon. Gleichzeitig verschlechtern sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen durch restriktive Sparprogramme, Kürzungen der Sozialleistungen und Einschnitte in die öffentliche Daseinsvorsorge. Statt guter und gerecht bezahlter Arbeit drohen die soziale Ordnung und der Schutz der arbeitenden Menschen verloren zu gehen.“

Mit diesem Aufruf wenden sich die DGB-Gewerkschaften an die Menschen auch in Bochum, gemeinsam gegen diese Politik zu demonstrieren. Am Samstag, dem 13. November 2010, findet die Kundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle statt.

Auch ein Kulturprogramm ist geplant. Auftreten werden u.a. Heinrich Pachtl (www.heinrich-pachtl.de) und just pink (www.justpink.eu). Ab sofort nimmt die Verdi-Geschäftsstelle in Bochum Anmeldungen für die Busfahrt entgegen. Verdi-Bochum schreibt: „sorgen wir dafür, dass die Westfalenhallen aus 'allen Nähten' platzen“.

Aufruf zur Kundgebung 13.11.2010 „Gerecht geht anders!“

Gemeinsam für ein gutes Leben
Gerecht geht anders – für einen Kurswechsel in Berlin

Die Kosten der Finanz – und Wirtschaftskrise werden auf den Schultern der kleinen Leute abgeladen, die Verursacher der Krise kommen ungeschoren davon. Gleichzeitig verschlechtern sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen durch restriktive Sparprogramme, Kürzungen der Sozialleistungen und Einschnitte in die öffentliche Daseinsvorsorge. Statt guter und gerecht bezahlter Arbeit drohen die soziale Ordnung und der Schutz der arbeitenden Menschen verloren zu gehen.

Gute Arbeit mit anständiger Bezahlung – Gleiches Geld für gleiche Arbeit, auch in der Leiharbeit
Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter müssen den gleichen Lohn und die gleichen Arbeitsbedingungen erhalten wie die Stammbeschäftigten. Wir brauchen endlich gesetzliche Mindestlöhne, um Lohndumping aktiv zu bekämpfen.
Schluss mit der Zweiklassenbeschäftigung – Gute Arbeit für Alle!

Gute öffentliche Daseinsvorsorge und leistungsfähige Infrastruktur
Weitere Privatisierungen öffentlicher Ausgaben müssen gestoppt und der Ausbau von Handlungsmöglichkeiten kommunaler Unternehmen gestärkt werden. Wir brauchen die Sicherstellung öffentlicher Infrastruktur für eine umfassende Daseinsvorsorge. Um das zu finanzieren brauchen wir eine Vermögenssteuer.
Schluss mit weiterem Personalabbau im öffentlichen Dienst!

Gutes Auskommen im Alter
Flexible Übergänge in den Ruhestand und eine gute Absicherung im Alter muss die Perspektive für die Menschen sein. Wir brauchen gute Arbeit, die die Gesundheit nicht gefährdet und die Belastungen für die Beschäftigten in Grenzen hält.
Schluss mit der Rente mit 67 – Für ein gutes Auskommen im Alter!

Gute und solidarische Gesundheitsversorgung über die Bürgerversicherung
Wir brauchen ein gutes Gesundheitssystem für alle und nicht nur für die, die es sich leisten können. Wir brauchen mehr Gerechtigkeit durch die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung.
Schluss mit der weiteren Entsolidarisierung des Gesundheitswesens – Gute medizinische Versorgung für Alle!

Gute und gebührenfreie Bildung für alle von der Kita bis zur Hochschule
Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Hochschulstudium, denn gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir brauchen für jeden Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung mit gesicherter Übernahme im Betrieb.
Schluss mit dem überholten gegliederten Schulsystem – Gute Bildungschancen für Alle!

Der DGB und seine Gewerkschaften rufen auf:
Beteiligt Euch an den Herbstaktionen in Betrieben und Verwaltungen vor Ort und kommt zur Kundgebung am **13.11.2010, 11.00 Uhr Westfalenhalle Dortmund**



Die VVN-Bund der AntifaschistInnen ehrte am 12.09.2010 die von den Nazis ermordeten Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg.

Bäume in Weitmar:

Keine weiteren Abholzungen

Die Bürgerinitiative „Wohnen im Malerviertel“ protestiert energisch gegen die Abholzung von Bäumen auf den Freiflächen durch die Baugenossenschaft Bochum e.G. in Weitmar.

Für die Mieter geht es um ein Stück Grün und Lebensqualität. Die Baugenossenschaft will die Außenanlagen neu gestalten. Die Bürgerinitiative forderte jetzt Oberbürgermeisterin Dr. Otilie Scholz auf, die Fällgenehmigungen zu „korrigieren“ oder „auszusetzen“.

Rassegesetze und Sarrazin:

Vom „arischen Blut“ zum „jüdischen Gen“

Die VVN-Bund der Antifaschisten hat kürzlich auf den 75. Jahrestag der Verkündung der „Nürnberger Gesetze“ hingewiesen. Damit leiteten die Nazis eine neue Etappe der Verfolgung und Vertreibung der jüdischen Deutschen ein.

Diese Gesetze zum „Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ sollten der legalen Ausgrenzung sogenannter rassistisch minderwertiger Menschen aus Arbeitsverhältnissen, Schulen, städtischen und staatlichen Institutionen und vielem mehr durch die Nazis dienen. Beziehungen zwischen sog. arischen Deutschen und „minderwertigen“ Deutschen wurden „Rassenschande“ genannt und schwer bestraft. Der „Bochumer Anzeiger“ schrieb damals, dass „die Reinheit der Rasse nie wieder angekränkt und verdorben werden“ dürfe. Bei Verletzung dieser „Rasse-Gesetze“ drohte „Schutzhaft“ in einem Konzentrationslager. Auch in Bochum erhob sich kein Protest dagegen.

Wie notwendig die Erinnerung an diese Entwicklungen heute ist, zeigt die rassistische Debatte, die ein gewisser Herr Sarrazin losgetreten hat. Auch Sarrazin redete wieder vom „jüdischen Gen“ und bedient sich in seinem Buch einiger Begriffe, die aus den Nürnberger Gesetzen entlehnt sein könnten. Da ist die Rede von „Hierarchie der Kulturen“ oder der „Vermischung von Kulturen“, die den ursprünglich offen rassistischen Theorien über die „Vermischung von Rassen“ sehr nahekommen. Schließlich schreibt er unverhohlen von der „Überlegenheit der westlichen Kulturen“, der „physischen Vermehrung“, der „Bedrohung der europäischen Kultur“, und davon, dass „Deutschland Beuteland“ sei. Ganz nebenbei kann man im heutigen Deutschland mit so einem Buch, wie es Sarrazin geschrieben hat, oder hat schreiben lassen, Millionär werden. 1,1 Mio. Bücher soll sein Verlag bisher verkauft haben, da kommt bei dem üblichen Autorenhonorar von 2-5 Euro schon einiges zusammen. Der gleiche Sarrazin rechnete einst Hartz IV-Empfängern vor, dass sie sich mit 3,80 Euro am Tag gut ernähren könnten.

grachus

Rechte Gewalt:

137 Tote in 20 Jahren

Rechte Gewalttäter und Neonazis haben in den vergangenen 20 Jahren „mindestens 137 Menschen“ ums Leben gebracht.

Zu diesem Ergebnis kommen der Berliner „Tagesspiegel“ und „Die Zeit“ in einer Recherche. Auch die WAZ berichtete im September ausführlich über diese Bilanz der „Rechten Schläger“. Unterdessen verteilt die NPD in Bochum und Wattenscheid Flugblätter und hetzt gegen lokale angeblich linksextreme Politiker und Friedensaktivisten.

**Besuchen Sie uns mal:
www.soziale-liste-bochum.de**

SOZIALE LISTE BOCHUM

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaut öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten könnten. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der „Steuerreform“ immer weniger Steuern zahlen, weil sie gleichzeitig immer mehr Menschen arbeitslos machen. Wir treten für ein lebens- und liebenswertes, ein menschliches und solidarisches Bochum ein. Konsequenz und unbestechlich wollen wir den Interessen der kleinen Leute Gehör verschaffen. Im Gegensatz zu anderen Parteien erhalten wir keine Zuwendungen von Unternehmen oder reichen Mäzenen. Dennoch benötigen auch wir Geld, um unsere Positionen bekannt zu machen, um Flugblätter und Veranstaltungen zu finanzieren. Jede auch noch so kleine Spende ist willkommen:

**Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G.,
BLZ 430 609 67, Konto-Nr. 400 891 69 00**

Ich möchte...

- Informationen über die Soziale Liste Bochum bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen der Sozialen Liste Bochum.
- Mitglied werden.

Name: _____
 Straße: _____
 PLZ, Ort: _____
 Tel.: _____

Ausschneiden, auf Postkarte kleben und an neben stehende Adresse schicken.

Herausgeberin:

Soziale Liste Bochum, Vorstand und Soziale Liste im Rat, Ratsgruppe
V.i.S.d.P.: Günter Gleising, Soziale Liste, Willy-Brandt-Platz 2-8, 44777 Bochum.
Druck: Rollenoffset-Druck Kiel GmbH, Kiel
E-Mail: SOZIALELISTEimRat@bochum.de
 oder
 info@soziale-liste-bochum.de
Internet: www.soziale-liste-bochum.de
Telefon: 0234 - 910 10 47
Fax: 0234 - 910 10 48